



pragmatisch – sachlich – gut

Haushaltsrede der Freien Wähler zum Haushaltsplanentwurf 2010

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Stadtkämmerer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren

Die Wirtschaft in der Region Stuttgart und damit auch jene in unserer Stadt ist von der globalen Wirtschaftskrise besonders hart getroffen worden. Die Auslastung der vielfach vom Export abhängigen Betriebe sank auf ein Rekordtief. Damit einher gingen sinkende Gewinne oder sogar Verluste. Angestiegen sind dem gegenüber die Arbeitslosenzahlen. Trotzdem mehren sich seit dem Sommer 2009 die Anzeichen, dass das konjunkturelle Tal durchschritten ist und sich die Wirtschaft wieder fangen wird.

Vor diesem Hintergrund ist es gar nicht möglich gewesen, uns in diesem Herbst einen Haushaltsplanentwurf vorzulegen, der sich im Blick auf die Einnahmen auch nur annähernd mit seinen unmittelbaren Vorgängern messen könnte. Die in die Millionen gehenden Wenigereinnahmen bei der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und den allgemeinen Zuweisungen, sowie den Mehrausgaben bei den Umlagen, führen dazu, dass wir uns auf eine negative Zuführung einstellen müssen. Daher ist es unumgänglich 9,3 Mio. Euro aus den allgemeinen Rücklagen zu entnehmen. Nur so wird es möglich, bereits beschlossene und geplante, dringende Baumaßnahmen umzusetzen.

²Bei der Einnahmeverbesserung über Steuern haben wir wenig Spielraum.

Ein an sich nahe liegender Gedanke, zur Verbesserung des Verwaltungshaushaltes den Hebesatz für die Gewerbesteuer nach oben zu verändern, scheidet aus, weil wir damit die Betriebe in einer Krisensituation zusätzlich unangemessen belasten.

Deutlich anders sehen wir die Dinge bei der Grundsteuer B. An ihr sind alle Grundeigentümer und Mieter in einer der jeweiligen Situation angemessenen Weise beteiligt. Und, weil wir es immer wieder versäumen, den Bürgern mit Nachdruck klarzumachen, was es kostet unsere Infrastrukturmaßnahmen sowie die Bildungs-, Betreuungs- und Sozialbereiche zu finanzieren, werden wir der von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B zustimmen. Dadurch wird der Verwaltungshaushalt mit 320.000.- Euro gestärkt.

Die Entwicklung des auf die Stadt entfallenden Anteils der Einkommenssteuer können wir nur unwesentlich beeinflussen. Hier bleibt uns lediglich die Hoffnung auf den wirtschaftlichen Aufschwung und in dessen Folge viele gut verdienende Bürger in unserer Stadt.

Zu den sinkenden Steuereinnahmen kommt erschwerend hinzu, dass die Umlagen im Finanzplanungs- Zeitraum voraussichtlich geradezu explodieren. Und wenn ich hier einmal die Kreisumlage besonders betrachten darf, so muss man mit Sorge feststellen, dass sich diese bis zum Jahr 2013 in einem Steigflug befindet, der seinesgleichen sucht.

Fragt man nach den Ursachen, dann kommt man schnell zur Erkenntnis, dass auch den Landkreisen in den nächsten Jahren eine gigantische, zusätzliche Verschuldung droht. Allein für die sozialen Transferleistungen muss der Landkreis Esslingen im Jahr 2010

76% des Umlageaufkommens aufwenden. Von insgesamt 199 Mio. Euro sind das für diesen Haushaltsteil allein 155 Mio. Euro. Und das gilt nur für die Pflichtleistungen. Weitere 14% der Umlage beansprucht der öffentliche Personennahverkehr. Für den ganzen

Rest der Aufgaben verbleiben dort noch 10% der Umlage. An diesem Beispiel lässt sich unschwer aufzeigen, wohin auch beim Landkreis die Reise geht. Also, Landkreis, Städte und Gemeinden werden bei bleibenden Rahmenbedingungen die Aufgaben der Zukunft nur noch schwer oder z.T. gar nicht mehr bewältigen können. Wir sollten uns daher bei unseren, oft allzu kritischen, Diskussionen immer vor Augen halten, dass wir alle im selben kommunalen Boot sitzen.

Beim Investitionsprogramm tragen wir die Hochbau- Maßnahmen für Schulen ohne Abstriche mit. Die Realisierung der Gießnauhalle ist u.E. unter den gegenwärtigen Voraussetzungen nochmals um ein Jahr zu schieben, weil ein kurzfristiger Baubeginn dort ohnehin nicht möglich ist. Bislang ist vor allem unklar, wann der erneut zu beantragende Zuschuss bewilligt wird. Sollte dies, im günstigsten Fall, bereits im kommenden Frühjahr sein, müssen danach die Unterlagen zum Bauantrag erarbeitet werden. Bis zur Genehmigung des Bauvorhabens vergeht also ohnehin ein Großteil des Jahres 2010. Auch die Erlöse aus Grundstücksverkäufen, mit denen ja ein Teil der Baukosten für die Halle erwirtschaftet werden soll, fehlen bislang. Wir bedauern, dass uns die gegebenen Umstände zu dieser Vorgehensweise zwingen und den Nabernern weitere Einschränkungen beim Betrieb ihrer Halle nicht erspart bleiben. Damit erhalten wir aber einen gewissen Spielraum um anderes eventuell auszugleichen. So wissen wir heute z.B. nicht, wie sich die Baukosten an der Freihof-Realschule vollends entwickeln. Die Erfahrungen mit der Raunersporthalle bestärken uns in dieser Skepsis.

Mit der Entnahme von 3 Mio. Euro aus dem Kirchheim unter Teck-Fond für energetische Maßnahmen tun wir uns schwer und lehnen ihn deshalb, zumindest in der vorgesehenen Größe, ab. Zunächst ist die Aussage, dass die Rendite aus eingesparter Energie größer als der Zins- und Dividendengewinn aus dem Kirchheim unter Teck-Fond ist, mehr als fraglich. Dazu müsste die langfristige³ Wertentwicklung des Fonds in die Überlegungen ebenso

einfließen,⁴ wie der derzeitige Vorteil durch das Einsparen von Heizenergie. Entgegen der Aussage in der Haushaltsrede der Oberbürgermeisterin sind es im Übrigen lediglich 598.000.-Euro die davon im Jahr 2010 direkt in energiesparende Maßnahmen fließen. Der Rest wird, wie auch der Herr Stadtkämmerer in seiner Haushaltsanalyse feststellt, „zur Finanzierung des Investitionsvolumens eingesetzt“. Er dient damit in erster Linie zum Stopfen von Haushaltslöchern.

Am Beispiel der Hammerschmiede ist die Problematik der Aufwendungen für energiesparende Maßnahmen besonders drastisch darstellbar. Dort sollen im Jahr 2012 insgesamt 440.000.- Euro zur Dämmung von Fassade und Dach investiert werden. Abgesehen davon, dass es u. E. hierfür bislang keinen entsprechenden Beschluss gibt, liegt die, grundsätzlich auch von uns gewünschte, jährliche Heizkostensparnis zwischen 3 und 4.000.- Euro. Das ist nicht einmal 1% des eingesetzten Kapitals, also kein nachhaltiges weil unrentables Ergebnis, das bei uns Allen zu realistischeren Betrachtungsweisen führen sollte.

Fazit: Energetische Sanierungen sind anlässlich umfassender baulicher Erneuerungen am effizientesten durchzuführen. Und da bietet sich uns in den kommenden Jahren noch ein breites Betätigungsfeld an.

Falls die vom Land zu erwartenden Sanierungsmittel in Höhe von 140.000.- Euro es zulassen, wollen wir den Ausbau der Unteren Max-Eyth-Strasse, einschließlich der Brückensanierung, bis nach der Überbauung des Postgeländes zurückstellen. Damit könnte einmal das Ergebnis der bereits veranlassten, umfangreichen Verkehrsanalyse ggf. noch in diese Straßenplanung einfließen. Zum anderen wäre vermieden, dass zahlreiche, schwere Baufahrzeuge die neue Straße stadteinwärts befahren müssen. Fahrbahnschäden und Schmutz wären vorprogrammiert. Schließlich muss die Baustelle mit Rücksicht auf die Anlieger, unter Einbeziehung des Postplatzes, zeitgleich abgewickelt werden. Allerdings funktioniert das nur dann, wenn sichergestellt ist, dass die Bauarbeiten im Postgelände zeitnah aufgenommen werden.

Beim Ausbau der Boschstraße ist darauf zu achten, dass die

spätere Veränderung im Einmündungsbereich Liebigstraße ohne zusätzliche Kosten erfolgen kann.

Nachdem die Überlegungen zur visuellen Aufwertung des Schlierbacher Kreisels zwischenzeitlich ganz offensichtlich auf einem Erfolg versprechendem Weg sind, hoffen wir, dass mit den Umbauarbeiten zum frühesten möglichem Zeitpunkt begonnen wird.

Bei der Radwegekonzeption müssen wir immer wieder kürzen, gleichzeitig treten wir in eine AG „Fahrradfreundliche Städte“ ein und zahlen 3.000.- Euro im Jahr. Wofür ?

Erneut weichen die Grundstückserlöse deutlich von den Planvorgaben ab. Anstelle der 5,141 Mio. Euro im Planentwurf 2009 sind lediglich 878.000.- Euro erzielt worden. Diese drastische Abweichung ist hauptsächlich in der derzeit ungünstigen Marktsituation begründet. Allerdings sind es auch eigene Fehleinschätzungen die dazu führten. So hätten wir z.B., nach meiner ganz persönlichen Einschätzung, zumindest in der Ötlinger Halde weiteres Bauland bereits im Jahr 2009 veräußern können. Durch das vor Jahresfrist plötzliche und mit dem damaligen Investor nicht abgestimmte Hinzufügen eines weiteren Bauabschnittes, sah sich dieser seiner Vermarktungschancen beraubt und zog seine Bewerbung zurück. Die Erkenntnis daraus für uns alle ist, dass kleine Schritte manchmal schneller ans Ziel führen. Hoffentlich klappt der in dieser Sitzungsrunde diesbezüglich neu gestartete Anlauf besser.

Falls das „IKEA - Urteil“ negativ ausfallen sollte, muss schnellstens aufgezeigt werden, wie das Gelände auf dem Hegelesberg künftig einer anderen Verwertung zugeführt werden kann. Hier sehen wir eine große Chance für den Gewerbestandort Kirchheim.

In der Haushaltsrede haben sie, Frau Oberbürgermeisterin, darauf hingewiesen, dass das ÖPP- Modell
-Neubau eines Hallenbades-⁵

konkrete Gestalt angenommen hat. Der Projektausschuss wurde⁶ einige Tage später vom Stand der Dinge unterrichtet. Allerdings hatten dessen Mitglieder, zumindest teilweise, nicht unbedingt den Eindruck, dass dem so ist. Die Angaben zum Projekt bewegten sich im Ungefähren, Maß und Zahl wurden vermisst. Entgegen der Ankündigung steht dieses Thema auch nicht auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung. Ein Umstand, der das Vertrauen in diesen Projektablauf bei uns keinesfalls stärkt. Jüngste Ankündigungen lassen allerdings erwarten, daß wir heute eventuell doch noch etwas zu diesem Thema hören.

Einen Schwerpunkt wird auch im kommenden Haushaltsjahr der Bildungsbereich einnehmen. Die in der letzten Sitzungsrunde getroffenen Entscheidungen zum Thema Werkrealschule zeigen auf, dass Kirchheim zukunftsorientiert agiert. Dabei ist uns eine kontinuierliche Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung sehr wichtig, denn es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren weitere, tiefgreifende Änderungen im Bildungsbereich auf uns zukommen werden.

Wie in den vergangenen Jahren stellen auch im Jahr 2010 sowie in den Jahren des Finanzplanungszeitraums die Investitionen und laufenden Ausgaben im Kindergarten- und Schulbereich einen Schwerpunkt des städtischen Haushaltes dar. Dabei gilt es, bei den bereits begonnenen Maßnahmen, stringent den gesteckten Kostenrahmen einzuhalten. Alle noch nicht begonnenen Projekte müssen nochmals von der Verwaltung klar nach ihrer Dringlichkeit priorisiert werden. Klassenzimmer, in denen der Unterricht nur im Anorak abgehalten werden kann, sind für uns ein untragbarer Zustand.

Eine Organisationsuntersuchung der GPA im Bereich der Schulsekretariate hat aufgezeigt, dass diese an einigen Schulen personell verstärkt werden sollten. Diesen zusätzlichen Personalbedarf tragen wir mit, soweit ein Mehrbedarf von mindestens 10% festgestellt worden ist.

Im Kindergartenbereich unterstützen wir den Ausbau von U 3 Plätzen bei Tagesmüttern, wie von der Verwaltung schlüssig

dargelegt. Spannend bleibt dabei abzuwarten, wie sich der designierte Ministerpräsident des Landes die finanzielle Beteiligung an dem von ihm geforderten weiteren Ausbau der Betreuungsquote über 35% hinaus vorstellt. Es ist einmal mehr zu befürchten, dass auch dieses mal das Konnexitätsprinzip oder einfacher gesagt, das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt!“ bei dieser Forderung auf der Strecke bleibt.

Die angedachte Kürzung der Zuschüsse an Vereine und Verbände ist aufgrund der gegebenen Haushaltssituation für uns zwar bedauerlich, aber nachvollziehbar. Wir glauben allerdings, dass die dazu vorgesehenen Verhandlungen wenig zielführend sind, weil die jeweils angesprochenen Institutionen gute Argumente haben, weswegen es gerade bei ihnen nicht geht. Weil Ausnahmeregelungen aber immer problematisch sind, schlagen wir vor in 2010 nochmals die alten, zugesagten Beträge zu bezahlen und Erhöhungen abzulehnen. Gleichzeitig sind alle diesbezüglichen Verträge und Vereinbarungen zu kündigen und für das Haushaltsjahr 2011 10%ige Kürzungen vorzusehen. Diese sind den Betroffenen bekannt zu geben, damit bleibt ihnen auch die Zeit sich auf die neue Situation einzustellen. Konsequenterweise ausgeklammert hiervon muss u. E. die Schulsozialarbeit bleiben.

Nachdem die mehrfachen Vorstöße der Freien Wähler zur Verkleinerung des Gemeinderates bislang nicht von Erfolg gekrönt waren, stellen wir uns diesem Thema erneut. Wir beantragen, dass der Gemeinderat, durch Änderung der Hauptsatzung, ab der nächsten Wahlperiode nur noch so viele Mitglieder hat wie sie, nach der Gemeindeordnung, der nächst niedrigen Gemeindegröße zusteht. D.h., eine Verkleinerung des Gremiums von 32 auf 26 Sitze. Davon versprechen wir uns eine effizientere Arbeit in den Ausschüssen, wie auch im Plenum. Ferner wird damit besonders in finanziell schwierigen Zeiten ein, wenn auch kleiner, Beitrag des Gemeinderates zur Haushalts- Konsolidierung erbracht.

In unserer Haushaltsrede im letzten Jahr hatten wir festgestellt, dass die Natur in vielen Gebieten in der Defensive ist. Daran hat sich nichts geändert und in ihrer Haushaltsrede Frau Oberbürgermeisterin und dem Planentwurf für 2010 ist dazu auch⁷

nichts Neues zu finden. Dieses Jahr möchten wir das Augenmerk⁸ auf folgendes legen:

Mit beträchtlichem finanziellem Aufwand wurde für die Ötlinger- und Jesinger- Halde ein Pflegekonzept entwickelt um die Verbuschung zu beseitigen und Streuobstwiesen durch Beweidung mit Schafen zu fördern. Leider sehen wir hier, dass das Pflegekonzept nicht nachhaltig greift und der Zustand sich verschlechtert. Hierzu beantragen wir einen Bericht, auch im Ortschaftsrat der betroffenen Teilorte Ötlingen und Jesingen, um nach Möglichkeiten zu suchen die Pflege dauerhaft zu sichern. Ebenso erbitten wir einen Bericht zu den angedachten Maßnahmen in der städtischen Obstbaumanlage im Naturschutzgebiet Wiestal/ Rauber.

Leider wurde unser Antrag im letzten Jahr zur Förderung der Streuobstwiesen nicht angenommen, mit der Begründung:

„Geld ist dafür nicht notwendig und eine Streuobstbörse ist im Entstehen“

Gerade noch rechtzeitig zur diesjährigen Haushaltsdebatte hat die Stadt eine Homepage zum Thema Streuobstweisen ins Netz gestellt. Das haben wir dankbar zur Kenntnis genommen. Allein diese Internetseite wird aber das Problem der Förderung der Streuobstwiesen nicht lösen. Deshalb stellen wir erneut den Antrag, zur Begleitung der Börse, eine 1.Rate von 10.000.-Euro einzustellen. Damit sollen diesbezügliche Veranstaltungen, Broschüren, Kurse für Schnitt und Pflege etc. angeboten werden. Wir sind überzeugt, dass dem Kirchheimer Streuobstwiesenprogramm damit ein guter Start gelingt.

Im Haushalt ist der Ansatz von 70.000.- Euro zur Förderung der Altenarbeit vorgesehen. Dies ist das Resultat des 2008 in Kraft getretenen Pflegeentwicklungsgesetzes, das alle wesentlichen Punkte einer Pflegebetreuung durch die Pflegekassen und Pflegestützpunkte vorsieht. Für den Landkreis Esslingen gibt es für maximal zwei Pflegestützpunkte Bundeszuschüsse und der Landkreis sieht vor, diese Zuschüsse nach dem so genannten Esslinger Modell auf die großen Kreisstädte zu verteilen. (Kirchheim erhält ca.10.000.- Euro). Die restliche Finanzierung bleibt wieder einmal an der Kommune hängen. Außerdem sollten die regionalen Pflegekassen um weitere Zuschüsse ersucht werden. Insgesamt

begrüßen wir diese Ausgabe, da durch örtliche Pflegestützpunkte betroffene Bürger problemlos und nah Beratung und Unterstützung für benötigte Pflege bekommen.

Abschließend noch ein Blick auf die uns aus dem Stadtteil Jesingen zugetragenen Sorgen und Wünsche.

Einmal zerfällt das dortige Rathaus zusehend und sollte dringend durch einen Neubau ersetzt werden. Die Stadt muss deshalb schnellst möglich dazu vorhandene Varianten aufzeigen. Anhand betriebswirtschaftlicher Überlegungen ist dabei, in einer ergebnisoffenen Diskussion, festzustellen, ob eine Investorenlösung der Direktfinanzierung vorzuziehen ist.

Zum zweiten ist im Jahr 2012 an der Jesinger Sporthalle eine Dachsanierung und der Austausch von Lichtkuppeln vorgesehen. Im Zusammenhang damit, bitten wir schon heute, die Installation einer Solarthermie – Anlage zur Brauchwassererwärmung und eventuellen Heizungsunterstützung vorzusehen.

Drittens bitten wir die Verwaltung, alles in ihrer Möglichkeit stehende zu tun, damit der längst überfällige und dringend benötigte Fußweg zwischen Schule und Sportgelände schnellstens hergestellt wird.

Damit komme ich zum Schluss und danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion der Freien Wähler

Hagen Zweifel

11. November 2009